Kleine Anfrage

des Abg. Sascha Binder SPD

und

Antwort

**des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung
und Kommunen**

Änderungen im Landespersonalvertretungsgesetz

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche konkreten Vorschläge haben Verbände zu möglichen Änderungen im Landespersonalvertretungsgesetz vorgelegt?
2. Inwiefern hat die Landesregierung den Vorschlag der Entlastungsallianz aufgegriffen, Änderungen im Landespersonalvertretungsgesetz zu prüfen?
3. Wer ist für die Prüfungen von Änderungen im Landespersonalvertretungsgesetz zuständig?
4. Welche konkreten Änderungen plant die Landesregierung beim Landespersonalvertretungsgesetz?
5. Wird das Landespersonalvertretungsgesetz noch in dieser Legislaturperiode geändert?
6. Wann hat zuletzt eine Evaluierung des Landespersonalvertretungsgesetzes stattgefunden?
7. Wie werden die Gewerkschaften und Personalräte in eine mögliche Änderung des Personalvertretungsgesetzes eingebunden?

27.2.2025

Binder SPD

Begründung

Die Entlastungsallianz Baden-Württemberg hat in ihrem Entlastungspaket III empfohlen, Änderungen im Landespersonalvertretungsgesetz im Sinne der eingebrachten Forderungen der Verbände zu prüfen. Mithilfe der Kleinen Anfrage soll in Erfahrung gebracht werden, welche Vorschläge die Verbände zur Änderung beim Landespersonalvertretungsgesetz eingebracht haben und wie die Landesregierung damit umgeht.

Antwort

Mit Schreiben vom 24. März 2025 Nr. IM1-0307-26/1/ beantwortet das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen im Einvernehmen mit dem Staatsministerium und dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport die Kleine Anfrage wie folgt:

1. Welche konkreten Vorschläge haben Verbände zu möglichen Änderungen im Landespersonalvertretungsgesetz vorgelegt?

Zu 1.:

Der Landkreistag Baden-Württemberg hat als beteiligter Verband der Entlastungsallianz für Baden-Württemberg vorgeschlagen, dass die mit Gesetz zur Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes, des Landesrichter- und -staatsanwaltsgesetzes und anderer Vorschriften vom 3. Dezember 2013 (GBl. S. 329, 338) vorgenommenen Änderungen in Bezug auf die Freistellungen von Personalratsmitgliedern vor dem Hintergrund des sich enorm verschärfenden Fachkräftemangels rückgängig gemacht werden sollen.

Die kommunalen Landesverbände hatten im Jahr 2013 in ihrer gemeinsamen Stellungnahme mit dem Kommunalen Arbeitgeberverband Baden-Württemberg auf die Folgen der Ausdehnung der Freistellungen hingewiesen und diese als nicht erforderlich eingestuft (S. 365 ff. der Landtagsdrucksache 15/4224).

Mit der Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes (LPVG) im Jahr 2013 wurden neben diversen anderen Änderungen (wie z. B. Erhöhung der Anzahl der Personalratsmitglieder, Änderung/Anpassung von Mitbestimmungs- und Beteiligungstatbeständen) u. a. die Freistellungen von Personalratsmitgliedern neu bemessen und auf das allgemein verbreitete Niveau anderer Personalvertretungsrechte in Deutschland angehoben (S. 79 ff. der Landtagsdrucksache 15/4224). Geändert wurden sowohl die Bemessungsgrundlage als auch die Freistellungsstaffel.

Bei der Bemessungsgrundlage wurde auf den „Arbeitsumfang von Vollzeitbeschäftigten“ und nicht mehr auf „Mitglieder“ abgestellt sowie der Freistellungsanspruch an die Zahl der in den Personalrat zu wählenden Mitglieder angeknüpft (nicht mehr an die Zahl der „in der Regel Beschäftigten“). Die Freistellungsstaffel wurde dahingehend erhöht, dass die erste vollständige Freistellung eines Personalratsmitglieds statt ab 601 Beschäftigten jetzt bei 301 bis 600 Beschäftigten erfolgt. Als Obergrenze für die Personalratsgröße wurde die Mitgliederzahl von 27 Personen eingeführt, sodass sich ein Freistellungsanspruch von maximal zehn vollen Freistellungen ab 10 000 Beschäftigten ergibt. Diese Anzahl wurde nach der früheren Regelung erst ab 13 000 Beschäftigten erreicht. Details können der Gesetzesbegründung der Landtagsdrucksache 15/4224 (S. 111 f.) entnommen werden.

2. Inwiefern hat die Landesregierung den Vorschlag der Entlastungsallianz aufgegriffen, Änderungen im Landespersonalvertretungsgesetz zu prüfen?

Zu 2.:

Alle hinreichend konkreten und bearbeitbaren Vorschläge, die im Rahmen der Entlastungsallianz eingebracht werden, werden geprüft.

3. *Wer ist für die Prüfungen von Änderungen im Landespersonalvertretungsgesetz zuständig?*

4. *Welche konkreten Änderungen plant die Landesregierung beim Landespersonalvertretungsgesetz?*

5. *Wird das Landespersonalvertretungsgesetz noch in dieser Legislaturperiode geändert?*

Zu 3. bis 5.:

Die Fragen 3 bis 5 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Federführung bei der Prüfung von Änderungen im Landespersonalvertretungsgesetz liegt grundsätzlich beim Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen. Für die Überprüfung, Änderung und Ergänzung besonderer Vorschriften für bestimmte Verwaltungszweige im Landespersonalvertretungsgesetz (z. B. Teil 14 – Besondere Vorschriften für Dienststellen, die bildenden, wissenschaftlichen und künstlerischen Zwecken dienen) sind die jeweils betroffenen Ressorts verantwortlich, die sich mit dem Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen abstimmen.

Im Rahmen der Entlastungsallianz für Baden-Württemberg sind die Vorschläge zum Landespersonalvertretungsgesetz dem Themencluster 1 – Verwaltungsorganisation – zugewiesen, der von der Facharbeitsgruppe 1 (FAG1) Entlastungsallianz für Baden-Württemberg unter Federführung des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen bearbeitet wird.

Ob, mit welchem Inhalt und wann das Landespersonalvertretungsgesetz geändert wird, kann derzeit nicht abgesehen werden. Dies hängt insbesondere von politischen Abstimmungen und Entscheidungen ab.

6. *Wann hat zuletzt eine Evaluierung des Landespersonalvertretungsgesetzes stattgefunden?*

Zu 6.:

Das Landespersonalvertretungsgesetz wurde durch das Gesetz zur Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes, des Landesrichter- und -staatsanwaltsgesetzes und anderer Vorschriften vom 3. Dezember 2013 umfassend novelliert. Die damaligen Neuregelungen wurden aufgrund von Artikel 15 Absatz 2 des Gesetzes (GBl. S. 329, 362) in den Jahren 2019 und 2020 und zur Erfüllung des entsprechenden Auftrags aus dem Koalitionsvertrag 2016 bis 2021 zwischen Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg und der CDU Baden-Württemberg evaluiert. Der Evaluierungsbericht wurde u. a. auch der Landtagsverwaltung und den Landtagsfraktionen im Januar 2020 übermittelt.

7. *Wie werden die Gewerkschaften und Personalräte in eine mögliche Änderung des Personalvertretungsgesetzes eingebunden?*

Zu 7.:

Bei der Vorbereitung von allgemeinen Regelungen der beamtenrechtlichen Verhältnisse, zu denen auch personalvertretungsrechtliche Regelungen gehören, werden die Spitzenorganisationen der zuständigen Gewerkschaften und Berufsverbände im Land im Rahmen der vertrauensvollen Zusammenarbeit nach § 89 des Landesbeamtengesetzes (LBG) umfassend beteiligt.

Diese gesetzliche Regelung wird durch die Beteiligungsvereinbarungen zwischen der Landesregierung und dem Beamtenbund Baden-Württemberg sowie dem Deutschen Gewerkschaftsbund Baden-Württemberg und den ihm angeschlossenen Mitgliedsgewerkschaften aus dem Jahr 2007 konkretisiert. Danach werden diesen Entwürfe allgemeiner beamtenrechtlicher Regelungen zur frühzeitigen Information grundsätzlich bereits gleichzeitig mit der Zuleitung an die Ressorts übersandt und

sie erhalten Gelegenheit zur Stellungnahme. Nach der Ressortabstimmung bzw. nach der vom Ministerrat beschlossenen Freigabe des jeweiligen Entwurfs zur Anhörung findet im förmlichen Beteiligungsverfahren eine erneute Beteiligung statt.

Eine Anhörung der Gewerkschaften sieht auch Nummer 5.3.2 Buchstabe c der Verwaltungsvorschrift der Landesregierung und der Ministerien zur Erarbeitung von Regelungen (VwV Regelungen) vor, wenn die Regelung die Interessen der Arbeitnehmer unmittelbar berührt.

Die Personalvertretungen werden gemäß § 90 LPVG bei Maßnahmen, bei deren Vorbereitung nach § 53 des Beamtenstatusgesetzes und § 89 LBG die Spitzenorganisationen der zuständigen Gewerkschaften zu beteiligen sind, nicht beteiligt.

Gemäß § 57 Absatz 5 LPVG kann die Arbeitsgemeinschaft der Vorsitzenden der Hauptpersonalräte grundsätzliche Angelegenheiten beraten, die für die Beschäftigten von allgemeiner Bedeutung sind und über den Geschäftsbereich einer obersten Dienstbehörde hinausgehen. Sie kann hierzu Vorschläge machen und Stellungnahmen abgeben. Dies gilt auch dann, wenn nach beamtenrechtlichen Vorschriften die Spitzenorganisationen der zuständigen Gewerkschaften und Berufsverbände zu beteiligen sind. Daher hört die federführend zuständige oberste Dienstbehörde gemäß § 57 Absatz 4 LPVG die Arbeitsgemeinschaft rechtzeitig und umfassend zu der beabsichtigten Maßnahme an.

Das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen informiert im Rahmen der vertrauensvollen Zusammenarbeit in aller Regel den Hauptpersonalrat sowie den Hauptpersonalrat der Polizei beim Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen und den örtlichen Personalrat über geplante Gesetzesänderungen und gibt Gelegenheit zur Stellungnahme.

Strobl

Minister des Inneren,
für Digitalisierung und Kommunen